



GEFRAGT

Mit wie vielen Studenten die Hochschule Liechtenstein in Vaduz ins neue Semester gestartet ist.

12



JUBILÄUMS

VIelfÄLTIG

Wie der Sarganser Gewerbeverein seinen 70. Geburtstag feiern wird und was die Besucher erwartet.

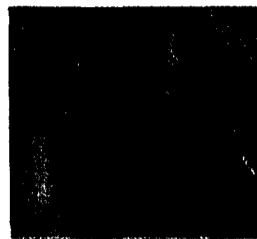
13



TRENDIG

Um wie viel Prozent IKEA in der Schweiz seinen Umsatz steigern konnte und wo neue Filialen geplant sind.

13



GARANTIERT

Was sich Marketing-Fachleute einfallen lassen, um neue Kunden anzuwerben und wie legal das ist.

14

VOLKSBLATT | NEWS

Teuerung auf 1,4 Prozent gestiegen

VADUZ – Der Landesindex der Konsumentenpreise verzeichnete in Liechtenstein einen Anstieg um 0,4 Prozent gegenüber dem Vormonat und erreichte den Stand von 104,7 Punkten. Innert Jahresfrist betrug die Teuerung 1,4 Prozent. Die anziehenden Preise für Erdölprodukte waren ausschlaggebend für die Monatssteigerung von 0,4 Prozent. Sie wurden am 1. September erhoben. (tf)

EU hält sich Berufung gegen Urteil doch offen

BRÜSSEL – Die EU-Kommission hält sich doch noch die Möglichkeit offen, die Senkung eines Bussgeldes gegen DaimlerChrysler juristisch anzufechten. Sie habe noch keine Entscheidung darüber gefällt, sagte ein Sprecher gestern. Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes hatte zuvor auf einer Medienkonferenz den Eindruck erweckt, die Kommission werde gegen das Urteil von Mitte September keine Berufung einlegen. (sda)

«Katrina»-Schäden auf 34,4 Milliarden Dollar geschätzt

JERSEY CITY – Der Hurrikan «Katrina» dürfte die Versicherungen etwa 34,4 Milliarden Dollar kosten. Er ist damit die mit Abstand teuerste Naturkatastrophe in der Geschichte der USA. 1992 hatte Hurrikan «Andrew» Kosten von 20,8 Milliarden Dollar verursacht. Die Gesellschaften erwarteten, dass rund 1,6 Millionen Versicherte Ansprüche geltend machen werden. Das ergab eine Umfrage der auf Risikomanagement spezialisierten US-Firma ISO (Insurance Services Office), die am Dienstagabend (Ortszeit) veröffentlicht wurde. (sda)



Google will Microsoft-Konkurrenz fördern

MOUNTAIN VIEW – Das US-Internetunternehmen Google will Alternativen zu Programmen des dominierenden Softwarekonzerns Microsoft unterstützen. Google will unter anderem die für die Konsumenten kostenlose Bürosoftware OpenOffice von Sun Microsystems fördern. Das teilten die beiden Unternehmen im Silicon Valley mit. Die Office Suite enthält wie Microsofts Pendant Programme zur Textverarbeitung und Tabellenkalkulation. Im Gegenzug werde Sun die Google-Symbole für Internet-Browser als Option beim Herunterladen seiner Software Java Desktop anbieten. Dazu hätten die Unternehmen einen mehrjährigen Vertrag geschlossen. (AP)

Aufsicht folgt Markt

Liechtenstein Dialogue: Netzwerk nationaler Aufsichtsbehörden ist unverzichtbar

WIEN/VADUZ – Die Globalisierung bringt Banken und Versicherungen Chancen wie Risiken. Um die Risikomanagement-Systeme zu stärken, setzt Heinrich Traumüller, Vorstand der Österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA), auf ein internationales Netzwerk.

• Kornelia Pfeiffer

Volksblatt: Herr Traumüller, Österreich wird gelegentlich als wirtschaftliches Erfolgsmodell bezeichnet. Wie positioniert sich der Finanzmarkt Österreich im harten globalen Wettbewerb?

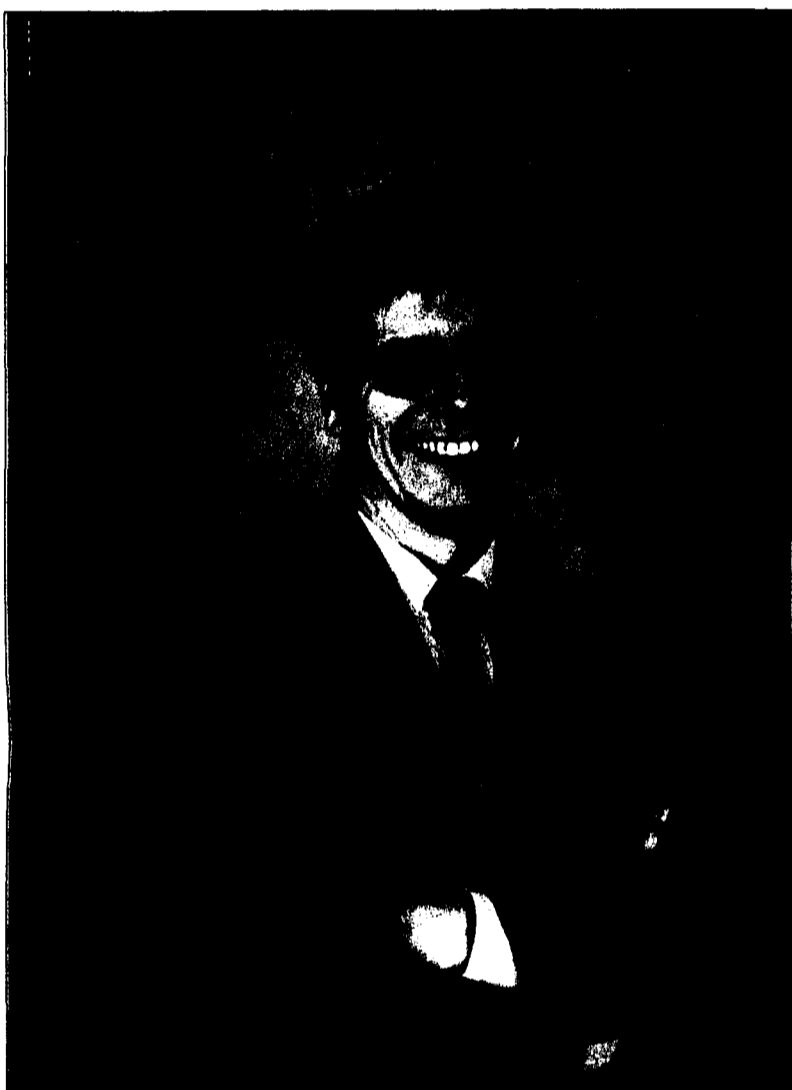
Heinrich Traumüller: Österreich ist schon als Volkswirtschaft für sich genommen ein sehr attraktiver Finanzplatz, schliesslich zählt es gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zu den zehn reichsten Ländern der Erde. Darüber hinaus haben die österreichischen Finanzdienstleister die Chancen, die der Fall des Eisernen Vorhangs mit sich gebracht hat, weit blickend erkannt und genutzt. Heute zählen österreichische Banken, Versicherungen, Wertpapierdienstleister zu den führenden Anbietern in Zentral- und Osteuropa. Darüber hinaus hat sich Österreich als idealer Brückenkopf einerseits in den Osten, andererseits in der Europäischen Union profiliert.

Wo ist das österreichische Finanzsystem verwundbar?

Das österreichische Finanzsystem ist äusserst stabil und schockresistent. Das zeigen uns die Stress-Tests, die der Internationale Währungsfonds (IWF) und wir selbst sowohl bei Banken als auch bei Versicherungsunternehmen regelmässig durchführen. Aber natürlich bergen die aussergewöhnlichen Chancen, die die österreichischen Finanzdienstleister im Osten genutzt haben, auch gewisse Risiken.

Ein spezifisches österreichisches Problem sind die Fremdwährungskredite, die einen internationalen Vergleich aussergewöhnlich hohen Anteil an den gesamten Ausleihungen haben. In einem liberalisierten Markt kann es zwar nicht das Ziel der Aufsicht sein, bestimmte Produkte zu verbieten. Aber sie hat sehr wohl dafür zu sorgen, dass einerseits die Anbieter die ihnen daraus erwachsenden Risiken entsprechend managen, andererseits den Kunden klar gemacht wird, welche Risiken sie mit einer derartigen Finanzierung eingehen. Daran arbeiten wir hart.

Österreichische Finanzkonzerne haben eine starke Marktstellung in Zentral- und Osteuropa. Reichen die Richtlinien der EU aus, um den Missbrauch der Finanzmärkte einzudämmen?



Heinrich Traumüller: «Zu fairen Wettbewerbsbedingungen gehören gleiche Aufsichtsregeln und gleiche Aufsichtspraxis.»

Ja. Mit dem «Financial Services Action Plan» (FSAP) hat die Europäische Union einen rechtlichen Rahmen geschaffen, der die Voraussetzungen für einen offenen Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen geschaffen hat. Das grenzüberschreitende Anbieten von Finanzdienstleistungen innerhalb der EU nimmt dementsprechend auch spürbar zu, vor allem die Vernetzung der Märkte und die Herausbildung transnationaler Konzerne.

Der FSAP zielte dabei vor allem auf faire Wettbewerbsbedingungen für alle Anbieter ab, egal aus welchem EU-Staat er kommt und in

welchem EU-Staat er seine Tätigkeit entfaltet. Zu fairen Wettbewerbsbedingungen gehören vor allem gleiche Aufsichtsregeln und gleiche Aufsichtspraxis. Daher arbeiten die nationalen Aufsichtsbehörden innerhalb der EU eng zusammen, auch koordiniert durch zentrale Komitees wie CEBS (Committee of European Banking Supervisors), CEIOPS (Committee of European Insurance and Occupational Pensions Committee) und CESR (Committee of European Supervisory Regulators).

Der Ansatz eines Netzwerks nationaler Aufsichtsbehörden bewährt

sich, er sichert einerseits das erforderliche regionale Know-how und andererseits die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und zentrale Zusammenschau.

Im Juni hat Finanzminister Karl-Heinz Grasser für einen «temporären Regulierungsstopp» in der EU plädiert. Mit welchem Ziel?

Der FSAP hat eine Welle neuer Regulierungen für die europäische Finanzindustrie aber auch ihre Aufseher gebracht. Jetzt geht es einmal darum, diese marktgerecht zu implementieren und zu prüfen, ob diese ihre Ziele erfüllen und sie gegebenenfalls zu verbessern. Erst wenn das erledigt ist, sollte gegebenenfalls über neue Massnahmen nachgedacht werden.

Was sagen Sie zu der Devise: «better regulation» statt «more regulation»?

Die kann ich nur voll unterstützen, sie ist auch Leitlinie der FMA. Wir haben selbst gerade in unserem Haus eine so genannte «Durchforschungsinitiative» laufen, bei der wir überprüfen, ob und wo sich im Laufe der Jahre regulatorischer Ballast angesammelt hat. Dabei geht es aber nicht nur um FMA-interne Abläufe, sondern auch um externe Regelungen etwa in Gesetzen und Verordnungen.

Die Finanzmärkte werden immer volatiler und expandieren immer schneller. Mit dieser Marktdynamik kann die Regulierungsdynamik nicht Schritt halten. Spricht das für mehr Selbstregulierung der Finanzzentren?

Jede Aufsicht wird dem Markt immer zumindest einen Schritt hinterherhinken. Und das ist gut so. Denn der Markt schafft die Dynamik, die einer Volkswirtschaft Prosperität bringt. Die FMA begrüsst Selbstregulierungen grundsätzlich, nur müssen diese effizient und effektiv sein. Vor allem aber, müssen sie auch Durchsetzungskraft haben und für alle gelten und wirken.

Finanzkonzerne müssen oft mit vielen verschiedenen nationalen Aufsichtsbehörden zusammenarbeiten. Wäre eine europäische Aufsichtsbehörde eine Lösung?

Nein. Der Ansatz eines Netzwerks nationaler Aufsichtsbehörden sichert das erforderliche regionale Know-how, das bei zentralen Institutionen leicht verloren geht. Darüber hinaus sichern gemeinsame zentrale Institutionen wie CEBS, CEIOPS und CESR gleichzeitig den zentralen Überblick. Dieses Modell bewährt sich. Es mag langfristig eine Verschiebung hin zu einer Zentralinstitution geben, aber auf das regionale Know-how nationaler Strukturen wird man nie verzichten können.

PODIUMSDISKUSSION FÜR ALLE

Beim Liechtenstein-Dialog zum Thema «Dynamik globalisierter Finanzmärkte» lädt die Regierung die Bevölkerung zu einer hochkarätigen Podiumsdiskussion ein.

Nach Referaten von

Vaira Vike-Freiberga, Präsidentin der Republik Lettland, und Hans Dieter Pötsch, Mitglied des Vorstands, Volkswagen AG diskutieren diese mit Otmar Hasler, Regierungschef Liechtensteins
Silvana Koch-Mehrin, Vorsitzende der FDP im Europaparlament
Jean-Pierre Roth, Präsident des

Direktoriums, Schweizerische Nationalbank

Donnerstag, 27. Oktober 2005, 16.15 bis 18 Uhr, im Auditorium der Hochschule Liechtenstein. Eintritt ist frei. Aus Platzgründen bitten wir um Anmeldung, die nach Eingang berücksichtigt werden: office@dialogue.li. Informationen zum Liechtenstein-Dialog: www.dialogue.li.

ANZEIGE



LIECHTENSTEIN DIALOGUE
on the future
of financial markets